



**Politiker sorgen für Diskussionen, Sie reden mit. Die Umfrage des Tages von VN und VOL.AT**

» Wäre eine Volksbefragung über eine Steuerreform sinnvoll?  
**Ja: 79,22 Prozent**  
**Nein: 20,78 Prozent**  
 943 Teilnehmer  
 » Heutige Frage: Um einen Untersuchungsausschuss zur Causa Hypo Alpe Adria ist es ruhig geworden. Glauben Sie noch daran, dass einer kommt?  
 Antwortmöglichkeiten bis 19 Uhr auf www.vol.at

**Ärzte: Im Auto nicht rauchen**

WIEN. In Griechenland und Zypern ist Rauchen im Auto verboten. Auch österreichische Mediziner finden diese Regelung sinnvoll. Die Feinstaub-Belastung im Auto sei hoch, heißt es von der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit. Damit schade man seinen Kindern enorm, warnt sie. Die Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde verlangt ein generelles Rauchverbot in Lokalen.

**Wurst will eine Entscheidung**

WIEN. Songcontest-Siegerin Conchita Wurst ist „ungeduldig“, was die Gleichstellung von Homosexuellen angeht: „Ich verstehe nicht, warum die absolute Gleichstellung noch nicht stattgefunden hat“, sagte die Sängerin am Samstag im „Journal zu Gast“. „Ich brauche keine Diskussion, sondern eine Entscheidung.“ Parteipolitisch würde sie sich nicht engagieren, sagte Wurst.



Kurz: Entwurf zum Islamgesetz ist beschlussreif. FOTO: APA

**Islamgesetz vor Reform**

WIEN. Außenminister Kurz drängt auf eine von ihm schon lange geforderte Novelle des Islamgesetzes: „Der Entwurf liegt auf dem Tisch, da verstehe ich nicht, warum der Kulturminister Ostermayer nicht den Gesetzgebungsprozess startet.“ Laut Kurz sollen muslimische Gemeinschaften das Recht bekommen, ihre Toten nach ihren Vorstellungen auf eigenen Friedhöfen zu beerdigen.

**Juncker: EU muss sich nicht erpressen lassen**

BRÜSSEL. (VN) Der konservative Bewerber für das Amt des Kommissionspräsidenten, Jean-Claude Juncker, will seine Ernennung nicht am Widerstand einer politischen Minderheit scheitern sehen. „Die EU muss sich nicht erpressen lassen“, so Juncker. Er habe die Unterstützung einer breiten Mehrheit christdemokratischer und sozialistischer Regierungschefs und sei zuversichtlich Mitte Juli zum Kommissionspräsidenten gewählt zu werden. Seinen Gegnern bot er Gespräche an.

Der britische Premier Cameron soll dem Magazin „Der Spiegel“ zufolge mit einem EU-Austritt seines Landes gedroht haben, sollte Juncker neuer Kommissionspräsident werden. Cameron habe der deutschen Kanzlerin Merkel mitgeteilt, bei einer Juncker-Wahl den Verbleib Großbritanniens in der EU nicht länger garantieren zu können. Den langjährigen Premier Luxemburgs qualifizierte er mit den Worten ab: „Ein Gesicht der 80er-Jahre kann nicht die Probleme der nächsten fünf Jahre lösen.“

**Aufbruch in ÖVP nimmt zu**

**Ex-ÖAAB-Generalsekretär Amon für eine rasche Steuerreform – AK-Zangerl verschärft die Kritik.**

WIEN. (VN) Die Kritik an ÖVP-Chef und Finanzminister Michael Spindelegger reißt nicht ab – der Aufbruch in den eigenen Reihen nimmt nach den kritischen Äußerungen der AK-Präsidenten aus Vorarlberg und Tirol, Hubert Hämmerle und Erwin Zangerl, gegenüber den VN zu (siehe auch D1). Am Wochenende meldete sich sein Parteifreund, der steirische Nationalrat Werner Amon, zu Wort, nachdem Spindelegger sich erneut gegen eine Steuerreform auf Pump aussprach und auf Strukturreformen und auf Strukturreformen pocht. Amon kann das nicht nachvollziehen und fordert vor allem für die niedrigen und mittleren Einkommen eine Lösung. Der Ex-ÖAAB-Generalsekretär ärgert sich, dass sein Parteichef eine rasche Steuerreform blockiert. „Eine bürgerliche Partei muss sich für eine rasche Steuerentlastung aussprechen. Die unteren und mittleren Einkommen brauchen mehr Luft zum Atmen“, erklärte der



Ex-AAB-Generalsekretär Werner Amon (r.): „Es geht hier nicht um eine Personaldebatte, sondern um die Sache.“ FOTO: APA

ÖVP-Mandatar am Samstag wörtlich. Amon spricht sich auch für eine „Millionärsteuer“ aus: „Ich verstehe nicht, warum man a priori gegen eine Millionärsteuer ist, wenn viele Millionäre ohnehin bereit sind, einen Beitrag zu leisten“, meint Amon. Die Steuer sei eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Amon sieht in der aktuellen parteiinternen Debatte über Zeitpunkt und Finanzierung keine Obmanndebatte: „Ich bin dagegen, dass man aus jedem

wenn sie „einen Mitspieler haben, der aufs eigene Tor schießt“. Denn der Vizekanzler vertrete in erster Linie die Lobbyisten und versuche, Vermögen zu konservieren.

**Kanzler erhöht Druck**  
 Bundeskanzler Werner Faymann präzisierte am Wochenende seine Forderung nach einer Steuerentlastung bereits 2015. Faymann: „Man kann die Steuerreform auch erst Mitte 2015 beschließen und Teile rückwirkend in Kraft treten lassen. Aber es muss 2015 eine Steuerentlastung kommen.“ Der Kanzler gibt sich zuversichtlich, auch die ÖVP zu überzeugen, mit der er darüber „offensiv und transparent“ debattieren werde – und er will für sein Ziel „auch öffentlich mobilisieren“.  
 „Die Zeit ist reif“ für eine Steuerreform, drängte auch Kanzleramtsminister Josef Ostermayer (SPÖ) gestern in der ORF-„Pressestunde“ auf Steuerentlastungen schon 2015 – und zwar zum Teil gegenfinanziert durch eine „Millionärsabgabe“. Aber er vermied es, weiteres Öl ins Feuer der koalitionsären Debatte zu gießen: Er hoffe, die ÖVP in Gesprächen zu überzeugen.

**Gros für Steuer auf Vermögen**

WIEN. (VN) Mehr als zwei Drittel – 69 Prozent – der Österreicher sind für Vermögenssteuern. Das ergab eine Unique-Research-Umfrage für das heute erscheinende „profil“. 29 Prozent sprachen sich laut Vorausmeldung für Abgaben ab 500.000 Euro Vermögen aus, 40 Prozent für eine Grenze von einer Million Euro. Nur 17 Prozent der 500 Befragten waren gegen Vermögensteuern.

**Reformpläne bei Scheidungen**

WIEN. (VN) Justizminister Brandstetter plant Reformen beim Scheidungsrecht. Die Familienrichter machen Druck, endlich wegkommen vom Verschuldungsprinzip. Der Streit, wer schuld sei, dass sich ein Ehepaar trennt, bringt nämlich nichts, meinen Familienrichter. Derzeit gilt: Nur wer schuldlos geschieden wird, hat Anrecht auf den vollen Ehegatten-Unterhalt.

**Kindergeld für Väter: Vorarlberg Schlusslicht**

WIEN. In 17 Prozent der Fälle, in denen Kinderbetreuungsgeld bezogen wird, sind es die Väter. Das entspricht 14.458 Männern gegenüber 70.440 Frauen. Diese Zahlen gehen aus einer parlamentarischen Anfragebeantwortung an Familienministerin Karmasin (ÖVP) hervor. Bei der Auswertung wurden abgeschlossene Kinderbetreuungsfälle daraufhin untersucht, ob

sich der Vater daran beteiligt. Am häufigsten beteiligen sich Männer bei der Variante zwölf plus zwei Monate mit 29,7 Prozent. Am höchsten ist der Anteil der Väter, die Kindergeld beziehen, in Wien mit 27,7 Prozent. Danach folgen Niederösterreich (16) und die Steiermark (15,9). Schlusslicht bei der Väterbeteiligung bleibt Vorarlberg mit 7,05 Prozent.

**„Bei der EU-Wahl wusste niemand mehr, wofür wir überhaupt stehen“**

**Das BZÖ verordnet sich eine Auszeit. Auch bei der Landtagswahl in Vorarlberg wird es fehlen.**

WIEN. (VN-joh) In den letzten sechs Jahren habe das BZÖ bei 20 Wahlen Verluste erlitten oder „null Prozent erreicht, weil wir zu feige waren, überhaupt anzutreten“, redet Bundesparteichef Gerald Grosz im Gespräch mit den VN erst gar nicht lange um den heißen Brei herum. Bei der EU-Wahl setzte es nun einen weiteren Tiefschlag für das „Bündnis Zukunft Österreich“: 0,5 Prozent lautete das bescheidene Ergebnis. Damit gibt es kein Mandat mehr im Europäischen Parlament. Und nachdem man bereits im September 2013 aus dem Nationalrat geflogen war, zog Grosz die Notbremse: Über den Sommer will er mit den verbliebenen Mitstreitern darüber diskutieren, ob es noch einen Sinn hat, weiterzumachen. Und wenn die Antwort Ja lauten sollte, wie man das anstellen könnte.

treten: „Ich möchte niemandem die Hoffnung nehmen, aber das halte ich für unmöglich. In dem Zustand, in dem wir uns derzeit befinden, können wir keinem Wähler gegenüberreten. Das ist wie in einem Wirtshaus: Wenn du sechs Jahre beschissen gekocht hast, kannst du auch nicht von heute auf morgen von vorne beginnen und glauben, die Leute rennen dir Tür ein. Das dauert.“

**Haiders Tochter enttäuscht**  
 Der 37-jährige Grazer, der in den 2000ern als Pressesprecher des damaligen Sozialministers Herbert Haupt (FPÖ/BZÖ) auf dem politischen Parkett losgelegt hat, ist in seiner Analyse erbarmungslos: Parteigründer Jörg Haider habe „kraft seiner Person alle in-

„Jörg Haider hat alle inhaltlichen und personellen Mängel exzellent übertüncht: Er war die Marke.“



GERALD GROSZ, BZÖ-BUNDESCHEF

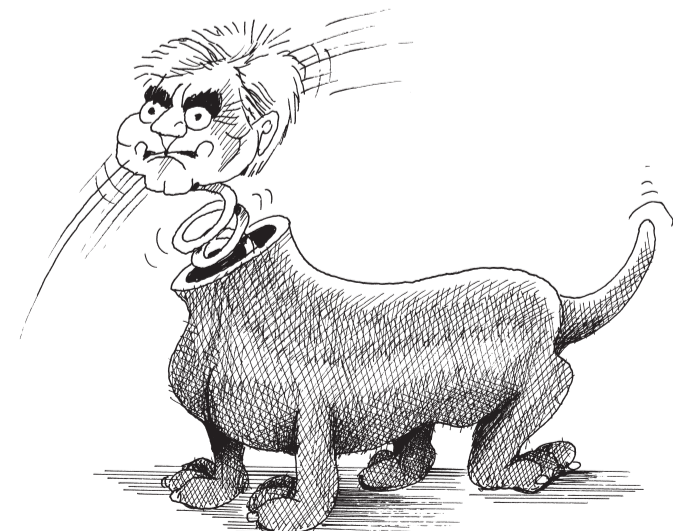
haltlichen und personellen Mängel exzellent übertüncht: Er war die Marke.“ Nach seinem Unfalltod im Oktober 2008 habe man sich zunächst allerdings damit begnügt, „ein Jörg-Haider-Anbetungsverein“ zu sein: „Das war natürlich zu wenig.“  
 Josef Bucher, Bundespartei- und Vizepartei- von 2008 bis 2013, hat laut Grosz wiederum ver-

sucht, dem BZÖ einen Inhalt zu geben und es „bürgerlich-liberal“ zu positionieren. Erfolgreich war er damit allerdings nicht. Und im Hinblick auf die EU-Wahl habe er, Grosz, nun noch einmal geglaubt, auf Bewährtes zurückgreifen zu müssen, indem er Jörg Haiders Tochter Ulrike Haider-Quercia als Spitzenkandidatin engagierte. Sie sollte freilich schon nach wenigen Tagen wieder zurücktreten. Was bleibt, ist Grosz' Erkenntnis: „Ich habe den falschen Weg um ein halbes Jahr prolongiert.“

**3000 Mitgliedern verpflichtet**  
 Das BZÖ sei zuletzt allzu beliebig gewesen: „Ein bisschen links, ein bisschen rechts. Keiner, bis auf die 13.000, die uns aus Nostalgiegründen (bei der EU-Wahl) noch gewählt haben, hat gewusst, wofür wir stehen.“ Ob es da noch eine Hoffnung gibt? Grosz will das mit seinen Parteifreunden prüfen: Das sei ein „offener Prozess“, den man nur starte, weil die 3000 Mitglieder, die man noch habe, ansonsten parteipolitisch gesehen heimatlos werden würden: „Die Motivation ist also eindeutig und klar“, so Grosz.

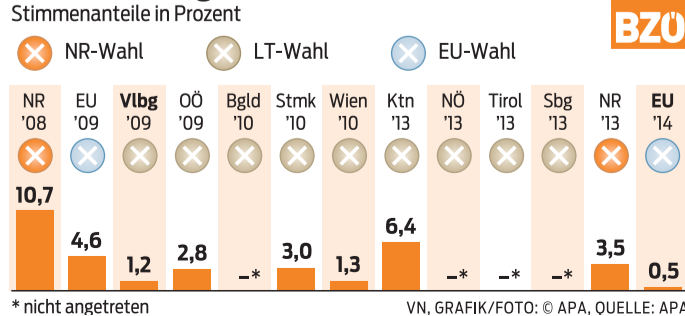
**Karikatur**

Wackel-Dackel!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT

**BZÖ - Wahlergebnisse seit 2008**



VN, GRAFIK/FOTO: © APA, QUELLE: APA